



Die soziale Frage



02

„Hier geht's ständig nur um Studierende!“

Steffen Göths

03

Die Zeit die mir fehlt, ist das Geld, was ich krieg

Jan Frankenberger und Martin Adrians

05

Interview mit Stefan Dietl: „AFD und die soziale Frage“

UB Nürnberg

06

Sozialreformen

Nadim Shukrallah

08

Wie die „Neue Rechte“ die soziale Frage diskutiert

Michael Bartels

10

Wessen Reichtum? Sollte das deutsche Proletariat die soziale Frage stellen?

Jan Schneider

12

Die Clara: Vorstellung der Mädchen- und Frauenpolitischen Kommission

13

Die Clara: Bericht der Plenardebatte zu §219a

Micki Borchers

14

Internationales: Bericht aus Florenz

Martin Adrians

15

Internationales: Tax Evasion Campaign

Oliver Pohl

16

Wenn der KV Gütersloh eine Reise macht...

KV Gütersloh

Verbandswerkstatt

Editorial

Liebe Falken,

unser Verband gründete sich vor mehr als 100 Jahren, um für gerechtere Lebensverhältnisse von jungen Menschen zu kämpfen und, gerade für sie, eine Antwort auf die sogenannte soziale Frage zu finden. Der Begriff entstand zur Zeit der Industrialisierung, als die Menschen sich nicht mehr durch Landwirtschaft selber ernähren konnten, sondern ihre Arbeitskraft in den neu entstehenden Fabriken verkaufen mussten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die Verelendung damals traf große Teile der Bevölkerung.

Heute scheint es uns oft, als sei diese Frage eine rein historische und wir hätten wenig damit zu tun. Vielleicht stellt sich die soziale Frage heute auch anders, jedoch stellt sie sich immer noch, schaut man sich die Missstände in der Welt an: Größer werdende soziale Ungleichheit, niedrige Löhne und beschissene Arbeitsbedingungen.

Wir wollen in dieser Ausgabe unsere Analyse der sozialen Verhältnisse zeigen - warum wir das immer noch besser können als Rechte, wer eigentlich das Subjekt der sozialen Frage heute ist und wie Steuerhinterziehung die globale Ungleichheit noch verstärkt.

Wir wünschen euch viel Spaß bei der Lektüre!

Freundschaft!

Eure Redaktion



“Hier geht’s ständig nur um Studierende!”

Warum das Proletariat nicht nur am Fließband steht, sondern auch im Hörsaal sitzt

Der 16.01.2018 ist ein fast historischer Tag, denn zum ersten Mal seit 32 Jahren gehen die studentischen Beschäftigten der Berliner Unis wieder auf die Straße und streiken für die Anpassung ihres Tarifvertrags. Sie arbeiten in den Bibliotheken, in den Verwaltungen und im technischen Dienst und insbesondere leiten sie begleitende Kurse zu den Vorlesungen (Tutorien), in denen Studierende sich auf die Klausuren am Semesterende vorbereiten. Seit 17 Jahren gab es keine Lohnerhöhung, das Weihnachtsgeld wurde ihnen schon vor Jahren gestrichen und sie haben eine Woche weniger Urlaub als die anderen Mitarbeiter*innen der Universitäten. Wenn man bedenkt, dass sie bei seit Jahren steigenden Mieten und stetiger Inflation etwa 30% Reallohnverlust hatten, fragt man sich, warum es so lange gedauert hat, bis es zum Arbeitskampf kommt.

17 Jahre stillgehalten – aber warum?

Dafür gibt es aus meiner Sicht zwei Erklärungen: Zum einen geht es den studentischen Beschäftigten in Berlin relativ gut. Es gibt nur hier einen eigenen Tarifvertrag (ein Ergebnis der Streiks Ende der 1980er Jahre), während Hilfskräfte in anderen Bundesländern lediglich als „Sachmittel“ geführt werden – also genau wie Kosten für Büromaterial. Der Stundenlohn von 10,98€ liegt deutlich über dem Mindestlohn und die Arbeit an den Hochschulen lässt sich gut mit dem Studium vereinbaren. Trotzdem kann man bei einem Monatslohn, der bei einer 10-Stunden-Woche etwa bei 450€ liegt, inzwischen kaum noch die Miete für das WG-Zimmer bezahlen. Die Preise stiegen in den letzten Jahren immer mehr, so dass der Druck auf die Beschäftigten wuchs und sich jetzt in den Streiks entlädt. Zum anderen lässt sich das lange Stillhalten aber auch daraus erklären, dass nur wenige Studierende gewerkschaftlich organisiert sind. Generell sind junge Leute, also auch Auszubildende und Berufsanfänger*innen, seltener Gewerkschaftsmitglieder, aber bei Studierenden ist der Anteil noch einmal geringer. Das kann verschiedene Gründe haben, aber einer davon ist

definitiv in der Wahrnehmung von Studierenden zu suchen, die sich als Akademiker*innen sehen, nicht aber als (künftig) lohnabhängige Beschäftigte.

Arbeiter*in oder Akademiker*in?

Diese Wahrnehmung ist ebenso falsch wie verbreitet, auch bei uns im Verband. Da heißt es dann oft, man würde sich zu sehr mit Studierenden und Akademiker*innen beschäftigen, und zu wenig mit Kindern aus Arbeiter*innenfamilien und Arbeiter*innen. Der hier aufgemachte Widerspruch ist keiner. Auch Kinder aus Arbeiter*innenmilieus gehen studieren, sind dabei oft unterrepräsentiert und haben in der Regel kein Wissen über universitäre Abläufe, auf das sie in der Familie zurückgreifen können. Ihnen dann als Organisation der Arbeiter*innenjugend die Unterstützung zu verweigern, weil sie ja jetzt Akademiker*innen seien, fällt ihnen schlicht in den Rücken.

Auch nach dem Studium besitzen Akademiker*innen in der Regel keine Produktionsmittel, sondern müssen ebenso wie die gelernte KFZ-Mechatronikerin oder der Kaufmann für Bürokommunikation ihre Arbeitskraft verkaufen. Während ihrer Ausbildung, die im

dazu gezwungen, sich in ein Ausbeutungsverhältnis zu begeben – auch wenn der erarbeitete Mehrwert, vor allem in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften, schwerer zu messen ist als in der Automobilindustrie. Wir reden an dieser Stelle übrigens von Verträgen, die in aller Regel auf wenige Jahre oder noch kürzer befristet sind, die Arbeitszeiten definieren, die für die Masse an Aufgaben nicht reichen und am Ende des Monats einen Lohn abwerfen, mit dem man auch in günstigen Städten kaum noch die Miete zahlen kann. Am Ende ist man Mitte 30 und hat zwar einen Dokortitel, weiß aber nicht wohin damit und fragt sich, warum man es nicht wie die Freundin aus der Schule gemacht hat, die nach einer abgeschlossenen Ausbildung heute bei VW arbeitet und neben dem Lohn auch noch Ausschüttungen aus den Konzernaktien verdient.

„...weil du auch ein Arbeiter bist!“

Das Problem liegt aber nicht nur allein in einer Linken, die unter Arbeiter*innenklasse und Proletariat nur an die Beschäftigten in der Produktion denkt, sondern auch an einem falschen Selbstbewusstsein der Studierenden: Wer studiert, geht (zumindest in den allermeisten Fällen) davon aus, sich jenseits der Arbeiter*innenklasse zu bewegen. Schließlich hat man nach der Schule keine Ausbildung begonnen, sondern sich für die höhere Bildung entschieden. Dass das eine mit dem anderen wenig zu tun hat, und die akademische Ausbildung bestenfalls den Wert der eigenen Arbeitskraft erhöht, wird dabei nicht gesehen und zu oft nicht gewusst. Klassenzugehörigkeit definiert sich nicht an einem subjektiven Gefühl zur jeweiligen Form der Lohnarbeit, sondern danach, wo man sich im Verhältnis kapitalistischer Verwertung befindet. Ob man seine Arbeitskraft verkauft, um Straßen zu bauen oder um Seminare an der Uni zu leiten, ist für diese Zugehörigkeit jedoch unerheblich. In Anlehnung das Manifest der Kommunistischen Partei: „Proletarier*innen aller Branchen, vereinigt euch!“



Falle eines Master-Abschlusses zuzüglich Abitur mindestens 7 Jahre länger war als bei einem Mittleren Schulabschluss, haben sie in der Regel kein Geld bekommen, sondern mussten zusätzlich arbeiten gehen oder haben Bafög bekommen. Im zweiten Fall stehen sie dann aber auch mit bis zu 10.000€ Schulden da.

Auch eine spätere wissenschaftliche Laufbahn an einer Hochschule bedeutet nicht, dass man auf einmal aufhört, Teil der Arbeiter*innenklasse zu sein. Nur weil man am Rechner sitzt anstatt am Fließband zu stehen, ist man nicht weniger

Die Zeit die mir fehlt, ist das Geld, was ich krieg

Welche Perspektiven bietet uns die Automatisierung?

Vor der Industrialisierung war die Arbeitszeit¹ eines Großteils der Bevölkerung abhängig von Jahreszeiten, Wetter oder Auftragslage. Insbesondere für die Bevölkerung, die in der Landwirtschaft tätig war, waren Arbeitszeiten im Sommer und während der Erntezeit länger und im Winter kürzer, wenn überhaupt vorhanden. Mit der Industrialisierung änderte sich diese Art der Arbeitsorganisation. Die von Wetter und Tageszeit unabhängigen Maschinen in Fabriken sollten zur Maximierung des Profits möglichst dauerhaft betrieben werden. Die zunehmende Verarmung der Landbevölkerung und die daraus folgende Landflucht mit starkem Bevölkerungsanstieg in den Städten führten dazu, dass Arbeitskraft (in Form von Menschen) problemlos verfügbar und vor allem günstig war. Gesetze zum Schutz von Arbeiter*innen oder Arbeiter*innenrechte gab es noch nicht. Der Ausbeutung der Arbeiter*innen in den Fabriken stand also kaum etwas im Wege: Arbeiter*innen mussten unter widrigsten Bedingungen oft 16-Stunden-Schichten oder mehr arbeiten und konnten trotzdem gerade so überleben.

Wieviel müssen wir arbeiten?

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts forderte der walisische Frühsozialist Robert Owen erstmals den 8-Stunden-Tag: „8 Stunden arbeiten, 8 Stunden schlafen, 8 Stunden Freizeit und Erholung“. Im Laufe des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts erkämpften Gewerkschaften, Arbeiter*innenorganisationen, sozialistische und sozialdemokratische Parteien in Europa und Nordamerika für Arbeiter*innen diverse Rechte, darunter als zentrale Forderung auch den 8-Stunden-Tag, der mittlerweile in den meisten westlichen Ländern gesetzlich geregelt ist. Neben dem 8-Stunden-Tag gelten heute rund 40 Stunden Wochenarbeitszeit als „Normalarbeitszeit“ oder „Vollzeit“. Die gesetzliche Höchstgrenze liegt bei 48 Wochenstunden. Je nach Tarifvertrag unterscheidet sich die Wochenarbeitszeit zwischen den Branchen. Im öffentlichen Dienst gelten z.B. 39,5 Stunden. In einigen Branchen

(etwa Metallindustrie) wurde auch bereits die 35-Stunden-Woche erkämpft. Damit sind zwar zentrale Forderungen des 19. und 20. Jahrhunderts durch Tarifverträge geregelt und scheinen auch zumindest in ihrer grundsätzlichen Tendenz unumstößlich, wurden jedoch auch nicht grundlegend erneuert. Im Gegenteil: In einigen Branchen ist die Wochenarbeitszeit seit den 90er Jahren sogar weiter gestiegen. Dabei haben sich die

Arbeitsbedingungen seit den 1920er Jahren grundlegend geändert. Frühe Sozialist*innen und Anarchist*innen haben häufig eine goldenen Zukunft prophezeit, in der die Automatisierung der Arbeit soweit fortgeschritten sein würde, dass Menschen nur noch wenige Stunden am Tag arbeiten müssten. Nun ist Arbeit zwar weitgehend automatisiert worden, die Arbeitszeitverkürzung lässt aber auf sich warten. Die antikapitalistische Gruppe *krisis*² geht in ihrer Analyse davon aus, dass es genug Arbeit für alle gebe, diese nur derart unangemessen bezahlt werde, dass wenige Leute viel zu viel arbeiten müssen. Zusätzlich bleiben dadurch immer auch Menschen erwerbslos, was sie im Kapitalismus ihrer Lebensgrundlage beraubt. Die Antwort der Politik und auch die Forderung der Gewerkschaften darauf ist jedoch seit Jahren: mehr Arbeitsplätze schaffen.

Auch die feministische Soziologin Frigga Haug fordert eine Verkürzung der Erwerbsarbeit auf (im Schnitt) 4 Stunden am Tag (also eine 20-Stunden-Woche). Das geht daraus hervor, dass sie 8 Stunden Schlaf annimmt und 16 Stunden Wachzeit, die sich dann

eben gleichberechtigt aufteilen in Erwerbsarbeit, Care- und Reproduktionsarbeit³, Selbstbildung und kulturelle Tätigkeit und politisch-soziales Engagement. Sie versteht die Lohnarbeitszeitreduzierung auch als feministischen Kampf. Wenn kein Druck zur Vollzeitarbeit mehr besteht, kann auch Reproduktionsarbeit, also Haushalt, Erziehung und Pflege, besser gemeinschaftlich aufgeteilt werden. Dadurch fördert es auch die Autonomie des Elternteils, das bisher v.a. Reproduktionsarbeit geleistet hat – in der Regel also Frauen.

Aktuelle Kämpfe

Aktuelle Kämpfe in Bezug auf die Länge der Arbeitszeit werden von gewerkschaftlicher Seite v.a. von der IG Metall geführt. Sie forderte in der letzten Tarifrunde die Möglichkeit, in den Tarifvertrag mit aufzunehmen, dass von Vollzeit-Job auf Teilzeit-Job (28-Stunden-Woche) reduziert werden kann und setzte diese durch. Es soll jedoch auch einen Anspruch geben, wieder auf Vollzeit zurückkehren zu können.

¹ Mit „Arbeitszeit“ ist hier zwar diejenige Zeit gemeint, die Menschen aufbringen mussten, um ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Das moderne Arbeitsverhältnis von bei einem*r Chef*in lohnabhängig Beschäftigten mit festgelegter Arbeitszeit und dadurch einer Trennung in „Arbeitszeit“ und sogenannte Freizeit gab es jedoch nicht.

² „krisis – Kritik der Warengesellschaft“ ist ein Zusammenschluss von theoretisch arbeitenden Einzelpersonen und Gruppen, die sich der Neuformulierung einer radikalen Kapitalismuskritik jenseits des traditionellen Marxismus verschrieben haben.

³ Arbeit des Sorgens und Kümmerns – unbezahlte (Haus-)arbeit, die sich an den Bedürfnissen anderer orientiert.





⁴ Wenn bei einem gesetzl. Mindestlohn von 8,84€/h die Wochenarbeitszeit von 40h auf 20h reduziert würde, müsste der Mindestlohn im selben Maße steigen wie die Arbeitszeit sinkt. Halbiert sich zum Beispiel die Arbeitszeit, müsste der Mindestlohn verdoppelt werden.

Bisher gibt es nur die Möglichkeit zu reduzieren, ohne Recht auf Wiederaufstockung. Die IG Metall verspricht sich davon v.a. einen Vorteil für Menschen, die Kinder erziehen oder Pflegearbeit leisten müssen. Genau diese Forderung wollte die damalige Arbeitsministerin Andrea Nahles im Frühling 2017 auch in ein Gesetz gießen, war damals aber am Widerstand von FDP und CDU/CSU gescheitert. Im Koalitionsvertrag zu einer möglichen Großen Koalition aus SPD und CDU (Februar 2018) steht der „Anspruch in Unternehmen mit mehr als 45 Mitarbeitern, nach Teilzeitphase wieder zur früheren Arbeitszeit zurückzukehren“ aber wieder drin, offensichtlich konnten sich CDU/CSU und SPD einigen.

Arbeitszeitflexibilisierung

Wenn Arbeitgeber*innen von der Flexibilisierung der Arbeitskraft sprechen, ist meistens Vorsicht geboten: Sie wollen die maximal erlaubte Arbeitszeit pro Tag erhöhen, eine flexiblere Gestaltung

von Pausen und Ruhezeiten und mehr Möglichkeiten, nicht nur an einem festen Arbeitsplatz zu arbeiten. Dies soll neueren gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen und auf moderne Lebensstile eingehen. Dabei soll zwar weiterhin ein wöchentliches Maximum an Arbeitsstunden gelten, Kritiker*innen befürchten aber trotzdem, dass dadurch ungesunde Arbeitsrhythmen entstehen können und die Grenzen zwischen Freizeit und Arbeit verschwimmen, sodass sich durch Arbeit bedingter Stress auch negativ auf die Freizeit auswirkt.

Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Fakt ist aber: Der klassische Vollzeit-40-Stunden-Job ist ein Auslaufmodell, wenn auch eines, das sich wacker hält. Welche Änderungen aber kommen den Arbeitnehmer*innen oder lohnabhängig Beschäftigten wirklich zugute? Es gibt mehr als einen guten Grund, die Lohnarbeitszeit weiter zu beschränken und eine 30- oder sogar 20-Stunden-Woche zu fordern, selbstverständlich ohne Kürzung des Lohns. Daran anknüpfend muss auch der gesetz-

liche Mindestlohn der darauf ausgelegt ist, 40 Stunden zu arbeiten, weiter erhöht werden, damit auch Berufseinsteiger*innen und Jobber*innen davon profitieren⁴, und nicht nur Angestellte in großen Betrieben mit hart erkämpften Tarifverträgen. Vom Mindestlohn findet sich im Sondierungspapier der Großen Koalition allerdings kein Wort. Neben den Kämpfen in den Bereichen, die als Lohnarbeit anerkannt sind, müssen wir unsere Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Entlohnung auch in den Bereichen (bisher) unbezahlter Arbeit führen, also den Bereichen der Care-Arbeit. Eine weitere Möglichkeit der Arbeitsstundenreduzierung bei gleichzeitiger Absicherung ist ein bedingungsloses Grundeinkommen – das allerdings mit Recht kritisch diskutiert wird: Es scheint nicht sonderlich gerecht zu sein, wenn eine Milliardärin das gleiche Grundeinkommen beziehen würde, wie eine Reinigungskraft. Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann im schlechtesten Fall außerdem einem massiven Abbau des Sozialstaats Vorschub leisten.

**Jan Frankenberger,
Bezirk Hessen-Nord
und Martin Adrians,
Bezirk Niederrhein**

In eigener Sache

Zur nächsten Ausgabe haben wir euch eine tolle Neuigkeit mitzuteilen: **Wir gehen online!**

Ab sofort findet ihr alle Artikel auch auf unserem Blog www.andere-jugend.de.

Die nächste Ausgabe wird dann - sowohl online als auch offline - das Thema **Feminismus** haben. In der Gesellschaft sehen wir heute wieder massive Auseinandersetzungen um den Feminismus. Einerseits ist das positiv, weil der Feminismus nicht wie vor einigen Jahren noch ein Randphänomen ist, sondern inzwischen auch viele bekannte Frauen sich öffentlich als Feministin bezeichnen. Andererseits führt so etwas immer auch zu einer Menge Gegenwehr vom rechten Rand oder auch der vermeintlichen Mitte - oft genug aber auch aus "linken" Gruppen.

Unser Verband bezeichnet sich schon seit vielen Jahren als feministisch. Doch was heißt das für uns? Wie werden innerfeministische Kämpfe bei den Falken ausgeübt? Was sind unsere Haltung zu Phänomenen wie "#Metoo", der Debatte um freie Informationen zum Schwangerschaftsabbruch, dem Gendern der Sprache und dem "mitgemeint sein"?

Du kennst dich mit feministischen Debatten und Themen aus und brennst darauf sie aufzuschreiben? Du hast Lust, dich in ein Thema einzuarbeiten oder auch nur einen ersten Überblick darüber zu geben? Dann schreib einen Artikel! Wir freuen uns auch immer über Rezensionen oder aber auch Berichte von Gruppenaktivitäten. Hierfür könnt ihr Euch an Karolin Reinhold im Bundesbüro wenden: karolin.reinhold@sjd-die-falken.de

Die Ausgabe aj 2/2018 wird im Sommer 2018 erscheinen. **Der Redaktionsschluss ist der 28.05.2018.**

Die AfD und die Soziale Frage - Interview mit Stefan Dietl

Du hast im Sommer 2017, kurz vor der Bundestagswahl im September, ein Buch rausgebracht mit dem Titel „AfD und die soziale Frage“. Warum genau dieses Thema? Kannst du vielleicht auch kurz erklären was die soziale Frage überhaupt ist?

Mir als Gewerkschaftler ist die Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD bisher zu kurz gekommen. Die soziale Frage betrachte ich im Buch aus der Perspektive: „Was schreibt die AfD konkret in ihrer Programmatik zu verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen Themen, wie zur Arbeitsmarktpolitik, zur Steuerpolitik, zur Bildungspolitik und was bedeuten eigentlich ihre Forderungen für abhängig Beschäftigte, aber auch für Niedriglohnbezieher*innen, für Leiharbeiter*innen, und für „Leistungsbezieher“, wie die AfD immer sagt. Sich zum einen konkret an der Wirtschafts- und Sozialpolitik abzuarbeiten, zum anderen aber eben auch dem ideologischen Hintergrund aufzuspüren. Dabei vor allem sich das marktradikale Denken in der AfD anzuschauen, auf das sich erstere aufbaut.

“Zwischen Marktradikalismus und völkischem Antikapitalismus“ ist der Untertitel des Buches. Kannst du uns die Unterschiede dieser Strömungen erklären?

Unterschiede finden sich auf vielen Ebenen. Am deutlichsten sind sie wohl im Staatsbild. Die Marktradikalen stehen für einen neoliberalen Umbau des Staates und meinen, der Staat soll sich möglichst aus dem Marktgeschehen zurückhalten. Der Staat habe eigentlich nur die Aufgabe alles so einzurichten, dass die Unternehmen gut arbeiten können und sich aus allen anderen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik zurückzuhalten. Bei den völkischen Nationalisten*innen gibt es einen starken Staat, der auch gesellschaftlich und wirtschaftlich in den Markt eingreift. Der Widerspruch macht sich in der Praxis dann vor allem daran fest, dass die Marktradikalen den Rückzug aus sozialen Sicherungssystemen fordern, während die völkischen Nationalist*innen eher darauf setzen, die Menschen, die durch

den Neoliberalismus in den letzten 30 Jahren abgehängt wurden, damit zu erreichen, dass sie nationale und soziale Themen miteinander kombinieren und eher für einen Staat eintreten der für „die kleinen Leute“ sein soll. Es gibt aber auch viele Gemeinsamkeiten, wie das Definieren von manchen Menschen als minderwertig.

Beim völkischen Flügel in der AfD erwähnst du immer wieder den Antikapitalismus von Rechts. Wie unterscheidet sich denn dieser von einem linken Antikapitalismus?

Dieser völkische Antikapitalismus, stellt eben nicht eine Analyse der kapitalistischen Produktionsweise in den Mittelpunkt, sieht auch nicht das Privateigentum an Produktionsmitteln als das Problem sondern dort geht's immer um die unsittliche Verteilung von Kapital. Es geht immer um eine Gegenüberstellung von „guter, schaffender Arbeit“ die dann als deutsch bezeichnet wird und „raffendem Kapital“, dass vor allem in Bank- und Finanzkapital gesehen wird und oft als jüdisch konnotiert wird. Es geht also nicht um einen Antagonismus zweier Klassen von Lohnarbeit und Kapital, sondern im Gegenteil geht es um die Schaffung und Herstellung einer Volksgemeinschaft. Wie gesagt der Kapitalismus wird eben beim völkischen Antikapitalismus nicht analysiert als ein Gesellschaftssystem, das historisch gewachsen ist und deswegen auch historisch veränderbar ist, sondern als etwas Natürliches angesehen. Es geht vor allem darum, für die Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise Verantwortliche auszumachen.

Würdest du sagen, dass dieses „Schuldige finden“, die Strömungen innerhalb der AfD wieder vereint?

Das ist etwas, was die Strömungen zusammenführt, vor allem dann, wenn es darum geht wer denn der*die „Schuldige“ sein soll. Was da neben Rassismus auch eine große Rolle spielt, ist die Ablehnung der 68er Bewegung. Dieser Hass auf alles linke, irgendwie fortschrittlich Gedachte. Es wird über alles hergezogen was sich gesellschaftlich seit der Nachkriegszeit verändert hat, zum Beispiel in Fragen der Sexu-

alität. Da werden dann oftmals die Schuldigen verortet.

Du sprichst generell Gewerkschaften eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Rechtsruck zu, hast aber auch viel Kritik an der gewerkschaftlichen Arbeit. Was sind da so deine Hauptkritikpunkte?

Ich kritisiere die starke sozialpartnerschaftliche Ausrichtung der Gewerkschaften, also dass man nicht so arg auf kämpferische Auseinandersetzung in gesellschaftlichen Konflikten oder in Tarifkonflikten setzt. Sondern eher auf so eine Politik des runden Tisches. Was dann eben auch verbunden ist mit einer engen Anbindung an staatliche Institutionen und Strukturen. Auch den starken Standortnationalismus und Staatskooperatismus halte ich für falsch. Das sind halt Anknüpfungspunkte genau für solche Parteien wie die AfD. Und das in zweierlei Hinsicht. Zum einen ganz konkret, wo sie zum Beispiel beim Standortnationalismus nationalistisch gesinnte Leute ansprechen können. Und zum zweiten auch, dass gewerkschaftliche Politik in den letzten Jahren nicht mehr so aufging. Wenn man sich eben dieses neoliberale Deregulieren am Arbeitsmarkt, den Sozialabbau und so weiter anschaut, ist es den Gewerkschaften nicht gelungen, dem etwas entgegenzusetzen. Da können dann AfD und Co. an den sozialen Abstiegsängsten anknüpfen. Der AfD gelingt es eben sehr gut, sich als Partei, die sich gegen das Establishment richtet, darzustellen, obwohl sie das komplette Gegenteil davon ist.

Stefan Dietl ist seit seiner Ausbildung ehrenamtlich bei ver.di aktiv u.a. zur Zeit stv. Vorsitzender des Bezirks Oberpfalz.

Er ist Mitglied bei den Falken. Das Interview führten Marie und Nico von den Falken Nürnberg.



Stefan Dietl im Interview

Impressum

AJ - Die andere Jugend 1 - 2018

Herausgeberin:
Sozialistische Jugend
Deutschlands – Die Falken
Bundesvorstand
Luise & Karl Kautsky Haus
Saarstraße 14, 12161 Berlin
Tel. (030) 26 10 30-0
aj-redaktion@wir-falken.de
www.wir-falken.de

V.i.S.d.P.: Jana Herrmann

Redaktion: Miriam Bömer,
Nina Dehmlow, Steffen Göths,
Karolin Reinhold, Henrike
Romberg, Nadim Shukrallah

Weitere Texte von: Jan Fran-
kenberger, Martin Adrians,
Stefan Dietl, Marie Stro-
heker, Michael Barthel, Jan
Schneider, der Mädchen und
frauenpolitischen Kommis-
sion, Micki Borchers, Oliver
Pohl, KV Gütersloh

Fotos und Grafiken:
Gemeinfrei (S.1, S.3, S.4, S.6,
S.8, S.9, S.11), HU Philo SHKs
(S.2), pixabay (S.4, S.7), Nico
Schreiber (S.5), fh1.hamburg.
de (S.10), MFPK (S.12), SJD-Die
Falken Bundesverband (S.13,
S.16), Leona Kaminiski (S.14),
Global Campaign Against Tax
Evasion (S.15), Karolin Rein-
hold (S.16)

Layout: Lena Schliemann

Druck: BVZ Berliner
Zeitungsdruck GmbH

Gefördert aus Mitteln des
Kinder- und Jugendplans des
Bundes.

 Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Sozialreformen

Ein Gegensatz zu an die Wurzel gehenden Veränderungen?

Im Zusammenhang mit der sozialen Frage steht in der radikalen Linken oft die Frage im Raum, wie diese im Sinne der lohnabhängig Beschäftigten, aber auch der Arbeitslosen und kleinen Selbständigen gelöst werden kann. Hier ist oft das Wort Revolution zu hören. Revolution, so die Definition im Wörterbuch, ist „der Vorgang, dass die in einem Staat bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse mit Gewalt zerschlagen und eine neue Regierung und/oder Gesellschaftsordnung etabliert wird.“ Mit anderen Worten: Eine an die Wurzel gehende Veränderung der Verhältnisse, die einhergeht mit einem völlig neuen politischen System. Die Reform hingegen wirkt erst einmal nicht zerstörend. Hier ist das Ziel, durch gesetzliche Maßnahmen und gewerkschaftliche Kämpfe konkrete Verbesserungen zu erreichen, wie beispielsweise Lohnerhöhungen, oder die

Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen, die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien¹ und so weiter. Wir Falken haben uns zum Ziel gesetzt den Sozialismus zu errichten, eine Gesellschaftsform also, die den Kapitalismus beseitigt und an seine Stelle eine Form des Zusammenlebens setzt, in der die Menschen durch gemeinsames Planen ihre Güter produzieren und untereinander aufteilen. Zwangsläufig müssen wir uns also die Frage stellen, wie wir dieses ehrbare Ziel denn erreichen wollen und können.

Die Revolution als einziger Weg

Ein Teil der Linken plädiert aufgrund dessen für die Beseitigung des bürgerlich-kapitalistischen Staatsorgans. Laut Marx ist dieses nämlich die Kraft, die durch ihre Rechtsordnung erst die Voraussetzungen für kapitalistisches Wirtschaften schafft. (Stichworte hier: Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln durch die Exekutive, somit Schaffung einer Konkurrenzgesellschaft, somit

Hervorbringung von Gegensätzen und Verlierer*innen). Für die Notwendigkeit, den Staat in seiner jetzigen Form abzuschaffen kann demnach nur die Revolution das Mittel zum Zweck sein. Der Grund dafür sei, dass die Reformen entweder scheitern, weil sie zum Beispiel nicht zu finanzieren sind oder bestimmte Kapitalfraktionen durch die Furcht, Gewinneinbußen zu erleiden, mit der Verlegung des Unternehmens drohen, was dem Staat geringere Steuereinnahmen bescheren würde. Diese Linken gehen auch davon aus, dass bestimmte Gesetze zur Marktregulierung dafür sorgen können, dass die Arbeiter*innenklasse befriedigt wird, sich mit den Verhältnissen arrangiert und das Ziel des Sozialismus nicht (mehr) verfolgt.

Die Reform

Die sogenannten Reform*innen meinen, den Staat für ihre Interessen nutzen zu können. Sie verfolgen das Ziel, durch die Regierungsübernahme und/oder die Organisierung in Gewerkschaften und Vereinen den gesetzlichen Rahmen so zu verändern, dass die Lohnabhängigen immer bessere Bedingungen vorfinden und durch die Regulierungen des Marktes Schritt für Schritt eine andere Gesellschaftsform erreicht werden



kann. Ihre Intention ist dabei, nicht gewaltsam vorgehen zu müssen, beziehungsweise mit weniger Gegenwehr durch die Kapitalseite bedrängt zu werden.

Muss das ein Gegensatz sein?

Schon vor hundert Jahren haben sich Sozialist*innen mit dieser Frage beschäftigt. Auch Rosa Luxemburg in ihrem Werk „Reform oder Revolution“. Sie schreibt dort: „Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“

Sozialreformen und revolutionäre Umstürze werden bei ihr also nicht als Gegensatz begriffen. Und das ist auch heutzutage noch der richtige Ansatz.

Gesellschaftliche Veränderungen müssen angegangen werden, sie kommen nicht von selber. Wenn sich die Menschen nicht organisieren, ob in Gewerkschaften, Parteien oder Vereinen und gemeinsam für höhere Sozialleistungen und verschiedene kleinere Verbesserungen kämpfen, werden bereits errungene Fortschritte wieder nieder gemacht. Zu sehen ist das gerade in Österreich oder Frankreich. Die Regierungen dort wollen überall Mittel kürzen, die Lohnabhängigen das Leben erleichtern. Sei es bei der Wochenarbeitszeit, bei den Löhnen oder im Gesundheitswesen. Um konkurrenzfähig zu bleiben und längerfristig eine starke Wirtschaft aufbauen, beziehungsweise halten zu können, muss möglichst viel Geld eingespart und erwirtschaftet werden. Das bedeutet auch, dass es für Unternehmen attraktiv sein muss, im eigenen Land zu investieren und das ist

es natürlich, wenn am Ende für den*die einzelne*n Kapitalisten*in möglichst viel Gewinn herauspringt. Da sind Gesetze, die einen hohen Mindestlohn versprechen oder bestimmte Umweltschutzmaßnahmen erfordern, erschwerend und stellen oft eine schwierige Hürde zur Gewinnmaximierung dar.

Der Kampf um Verbesserungen stellt dieses Prinzip erst einmal nicht in Frage, ein höherer Lohn kann eben auch nur ausgezahlt werden, wenn am Ende trotzdem das Kapital gewinnt und genügend Umsatz macht. Wenn es dem Unternehmen weiterhin gut geht und es nicht droht niederkonkurriert zu werden oder aufgekauft zu werden. Das bedeutet auch, Sozialismus und eine planwirtschaftliche Ordnung können nicht allein durch Reformen erreicht werden, am Ende muss mensch das Grundprinzip aus den Angeln heben. Gewerkschaftsarbeit und auch Regierungspolitik innerhalb des Kapitalismus sollte darauf ausgerichtet sein, dem Kapital so viel abzutrotzen wie es möglich ist, aber eben auch die Massen zu klassenbewussten Persönlichkeiten „erziehen“, die ihre Stellung in der Gesellschaft erkennen und irgendwann in der Lage dazu sind, sich effektiv zu wehren und einen Schritt näher an die befreite Gesellschaft zu bringen.

Ein möglicher Weg zur befreiten Gesellschaft

Die heutigen Gewerkschaften, zumindest in Deutschland, die durch die Sozialpartnerschaft gut im System integriert sind, werden bei der derzeitigen Führung nicht dazu in der Lage sein. Momentan setzt diese auf den Kompromiss zwischen Arbeitgeber*innen und Lohnabhängigen.

Durch die Auseinandersetzungen, die diese aber täglich mit dem Kapital führen, kann sich durchaus ein stärkeres Klassenbewusstsein der Lohnabhängigen entwickeln. Der gemeinsame Erfolg im Arbeitskampf kann praktisch aufzeigen, dass der Zusammenschluss und gemeinsame Kampf wichtig ist, um der Lösung der sozialen Frage näher zu kommen.

Damit sich die Arbeiter*innen nicht mit dem Erreichten zufrieden geben, müssen Linke sich in die Kämpfe einmischen und die Forderungen und den Kampf radikalisieren. Der allgemeine Rechtsruck muss bekämpft werden, um einen Linksruck zu entfalten, der auch den Diskurs wieder mehr auf die soziale Frage drängt, anstatt auf die Spaltung derer, die das objektive Interesse haben dem Joch dieser Gesellschaft zu entweichen und ein für alle Mal ein Ende zu setzen. Die Lösung der sozialen Probleme der Menschen muss also heißen: Ja zu an die Wurzel gehende Veränderungen und Ja zu kleinen Reformen! Der Sozialismus wird nicht einfach morgen vor der Tür stehen.

Nadim Shukrallah,
Kreisverband
Köln

¹ „Industrie, deren Produkte für die anderen Industriezweige unentbehrlich oder äußerst wichtig sind“, in Deutschland wären das zum Beispiel die Automobil- und Chemieindustrie.



Wie die „Neue Rechte“ die soziale Frage diskutiert

Die soziale Frage, also die Frage von sozialer Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Gleichheit und Ungleichheit, betrifft zentrale Probleme des Kapitalismus. Nicht nur die politische Linke, sondern auch rechte Akteure befassen sich mit diesem Thema. Die „Neue Rechte“ versucht auch linke Analysen und Begriffe für eigene Politikansätze nutzbar¹ zu machen.

Pro und Contra Umverteilung

Ein Beispiel für diese Diskurspiraterie ist ein Artikel des Autors Benedikt Kaiser auf der Website der neurechten Zeitschrift „Sezession“. Kaiser stellt die These auf, dass die soziale Frage viel zu lange vernachlässigt wurde und daher die Chance besteht, dieses Thema von rechts zu besetzen.

In seiner Argumentation vertritt Kaiser die Auffassung, dass der ärmere Teil des deutschen Volkes nicht nur von „ethnischer Verdrängung“ durch Zuwanderung betroffen sei, sondern sich mit den zugewanderten Menschen auch in Konkurrenz um knappe Ressourcen befinden würde. Zuwanderung – und damit sind in diesem Falle vor allem die Menschen, die vor Krieg, Vertreibung und Perspektivlosigkeit nach Europa fliehen gemeint –

würde angeblich von wirtschaftlichen und politischen Eliten mit Unterstützung durch Linke vorangetrieben. Als Antwort auf die soziale Frage bezieht Kaiser sich auf den Vorschlag eines linken Soziologen, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und Menschen nach ihrer Staatsbürgerschaft statt nach ihrem Wohnort zu besteuern. Kaiser forderte also eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums – eine ursprünglich linke Idee. Entsprechend gab es von den Leser*innen nicht nur Beifall, sondern auch viele empörte Reaktionen: Es gäbe in Deutschland keine Armut, sondern lediglich „Luxusgüterrückstand“, Hartz IV sei ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ und Kaiser habe ein „gestörtes Verhältnis zu fundamentalen Prinzipien des Rechtsstaates, den privaten Eigentumsrechten“. Auf derselben Website erschien eine Antwort auf Kaisers Artikel, der kritisierte, dass der Staat die falschen Aufgaben übernehme. Der Staat solle sich um Bereiche wie Sicherheit und Bildung kümmern, letzteres um junge Menschen zu Disziplin zu erziehen und bestimmte – konservative – Werte zu vermitteln. Aus der Sozialpolitik und aus der Wirtschaft hingegen soll der Staat sich heraushalten. Diese Vorstellung wird als „autoritärer Liberalismus“ bezeichnet und geht etwa auf den rechten Staatsrechtler Carl Schmitt zurück.



Linke Strategien für Rechte

Kaiser unterscheidet sich von anderen Vertreter*innen der „Neue Rechten“ auch dadurch, dass er offen Überlegungen zur Querfront² anstellt. Er sucht in linken Diskursen nach Anschlussmöglichkeiten für rechte Positionen. Ein Beispiel hierfür ist die Vorstellung, dass Eliten globale Migration anstoßen, um in Europa lebende Arbeiter*innen unter stärkeren Konkurrenzdruck zu setzen. Wenn Linke eine positive Haltung zu Geflüchteten kritisieren oder Antinationalismus für falsch halten, lässt sich eine Brücke zwischen beiden Positionen bauen. Seine Ausführungen zum Kapitalismus sind allerdings widersprüchlich: An einer Stelle fordert er die „revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Marktwirtschaft“, an anderer unterscheidet er die

Marktwirtschaft vom Kapitalismus, um an ihr festzuhalten. Weiter schreibt





Kaiser dann, dass die Gesellschaft „auf Wettbewerb und offenen Markt nicht verzichten“ dürfe. Auf grundlegende Elemente linker Kapitalismusanalysen, wie die Kritik des Privateigentums an Produktionsmitteln oder die Frage, wer sich den erarbeiteten Mehrwert aneignet, geht er gar nicht ein. Auch die Rolle des Staates schätzt er anders als viele linke Analysen ein. Linke kritisieren den Staat, weil er die Stützpfeiler des kapitalistischen Systems absichert und es damit erst ermöglicht. Für Kaiser spielt das keine Rolle.

Das wirkt alles zunächst sehr unpassend und verworren. Es lässt sich allerdings erklären, wenn man Faschismus als eine Verbindung eines radikalen Nationalismus und einer rechten Antwort auf die soziale Frage versteht. Der Klassenkampf wäre im Sinne der Rechten nicht das Infrage stellen von Eigentumsverhältnissen, sondern das Ziel, das nationale Proletariat gegen den Liberalismus in Stellung zu bringen. Liberalismus gilt in dieser Strömung der politischen Rechten als Hauptfeind, da er nationale Unterschiede beseitigen würde. Dieser Antiliberalismus ist ein gemeinsamer Nenner der verschiedenen Strömungen der Rechten. Grundsätzlich gehen völkische Rechte davon aus, dass sich Gesellschaften aufgrund von Abstammung in eine bestimmte Richtung entwickeln. Rechte sprechen von „Völkern“ deren Angehörige ganz bestimmte Eigenschaften verbindet. Man könne also auch vom „Wesen“ eines Volkes sprechen. Dazu gehöre auch eine bestimmte Art Wirtschaft zu betreiben. Ob ein Volk nun eine kapitalistische oder eine andere Wirtschaftsform hat, würde sich aus seinem Wesen und der daraus

hervorgehenden Kultur entwickeln. Die Neue Rechte geht also davon aus, dass der Kapitalismus eigentlich keine Wirtschaftsordnung sei, sondern das Ergebnis einer bestimmten Mentalität. In Deutschland seien die falschen Eliten an der Macht. Diese seien zu stark vom Liberalismus beeinflusst, was dazu führe, dass die „wesenseigene“ Wirtschaftsform der Deutschen verschwunden sei. Statt Wettbewerb und Leistung würden nur noch gute Beziehungen zählen. Die Folge sei unter anderem, dass viele Deutsche nun Verhaltensweisen an den Tag legten, die nicht mehr ihrem Wesen entsprächen, also nicht „typisch deutsch“ seien.

Wie oben schon erklärt, lehnen viele Rechte staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ab. Der Staat soll nur den Rahmen setzen, negative Einflüsse von außen abwehren und nach innen für die richtige Gesinnung sorgen. Kaiser mag zwar die soziale Frage aufgreifen, aber eigentlich will er nichts als den nationalen Wettbewerbsstaat mit ein paar staatssozialistischen Elementen. Es geht ihm an keiner Stelle um die materiellen Grundlagen dieser Frage. Spannend ist diese Debatte in der Neuen Rechten vor allem auch deshalb, weil sie auch die AfD beeinflusst und diese als parteipolitischer Arm gelten kann. Auch wenn die AfD insgesamt eher neoliberal ist, bedient sie verschiedene Wirtschaftspolitiken parallel. Sie inszeniert sich unter anderem gern

als „Anwalt der kleinen Leute“, eine „Alternative der Antikapitalisten“, wie die Frankfurter Allgemeine schrieb, ist sie aber nicht. Das zeigt schon Kaisers fehlgeschlagener Versuch, die Vermögenssteuer zum Thema zu machen. Auch Björn Höcke, dem Parteivorsitzenden aus Thüringen, der unter dem Namen Landolf Ladig den „zinsbasierten Kapitalismus“ kritisiert haben soll und als Vertreter einer „völkischen Postwachstumsideologie“ bezeichnet wurde, hat dazu mehrmals eine klare Aussage getroffen: Die „neue deutsche soziale Frage“ sei keine Frage der Verteilung von oben nach unten, sondern eine von innen nach außen.

**Michael Barthel,
ist Sozialwissenschaftler und
publiziert zur Extremen Rechten**

Der Beitrag erschien zuerst am 17.10.2017 in der Ausgabe 631 der Zeitung „analyse & kritik“ und wurde für diese Ausgabe der aj überarbeitet.

¹ Dies wird auch als Diskurspiraterie bezeichnet. Mit dem Begriff wird eine Strategie beschrieben, die Themen des politischen Gegners besetzt und im eigenen Sinne uminterpretiert.

² Der Begriff „Querfront“ stammt aus der Weimarer Republik und bezeichnet eine rechtsradikale Bündnisstrategie, die Gemeinsamkeiten zwischen Linken und Rechten hervorhebt und eine Machtübernahme zum Ziel hatte. Heute wird er verwendet um den gemeinsamen Aktivismus von rechts mit nicht-rechten oder gar linken Aktivist*innen zu bezeichnen. Themen sind hierbei sowas wie Globalisierungskritik, Friedensdemonstrationen oder Tierschutz. Es geht allerdings nicht um Demokratie und gleiche Rechte für alle, sondern - wie immer - um Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung.



Wessen Reichtum?

Sollte das deutsche Proletariat die soziale Frage stellen?

¹Wiederherstellung der für die vergangene Produktionsperiode verbrauchten Güter, Maschinen, Arbeitskräfte usw.

Was ist eigentlich die Soziale Frage? Darauf kann man verschiedene

Antworten geben. So sagte der damalige SPD-Vorsitzende Martin Schulz, die soziale Frage sei der Kampf für die Menschen, „die hart arbeiten und sich an die Regeln halten“. Der Vorsitzende der Thüringer AfD Björn Höcke sagte, die „soziale Frage stellt sich heute für Deutschland ganz neu und ganz anders. Es gehe nicht mehr primär um die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten oder von unten nach oben oder von jung nach alt, das sei nicht mehr die primäre soziale Frage. [...] Die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist also die Frage nach der Verteilung unseres deutschen Volksvermögens [...] von innen nach außen.“

Man kann Höckes Aussage als bloße Propaganda und notdürftiges Deckmäntelchen zur Legitimation von Rassismus und Flüchtlingsfeindlichkeit abtun und es dreist finden, beides auch noch als ureigenstes Projekt der Arbeiter*innen darzustellen. Allerdings ist nicht zu leugnen, dass Deutschland als Nation eine Insel des Wohlstandes ist – sogar innerhalb Europas. Außerdem atmet Schulz' Formulierung ebenso den Geist des Populismus und Autoritarismus, der auch Höcke beseelt. Und noch viel eindrücklicher: Den 55% SPD-Wählern, die sich in der Formulierung wiederfinden, stehen 77% der AfD-Wähler gegenüber.

Die Antwort auf die Frage: Umverteilung

Unumstritten ist die soziale Frage eine nach der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. Laut Wikipedia bezeichnet sie die „sozialen Missstände“ infolge der Industrialisierung. Beides zusammengenommen ist klar: Es geht um die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Für die Situation nach der Industrialisierung lautete die Antwort auf die Soziale Frage häufig: wenn schon nicht Sozialismus, dann zumindest eine „progressive Einkommensteuer“ (Gothaer Programm der SPD), also innergesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten, also von den (deutschen) Kapitalist*innen zum (deutschen) Proletariat. Schließlich ist die Arbeit „die Quelle allen Reichtums“ und die „gerechte Verteilung des Arbeitsertrages“ heißt „die Lösung der sozialen Frage anzubahnen“. Es ist ja auch ganz einfach: Wer den Reichtum der Gesellschaft produziert, dem soll er auch gehören. Welche Seite die Gerechtigkeit hinter sich hat, ist also klar.

... aber was eigentlich?

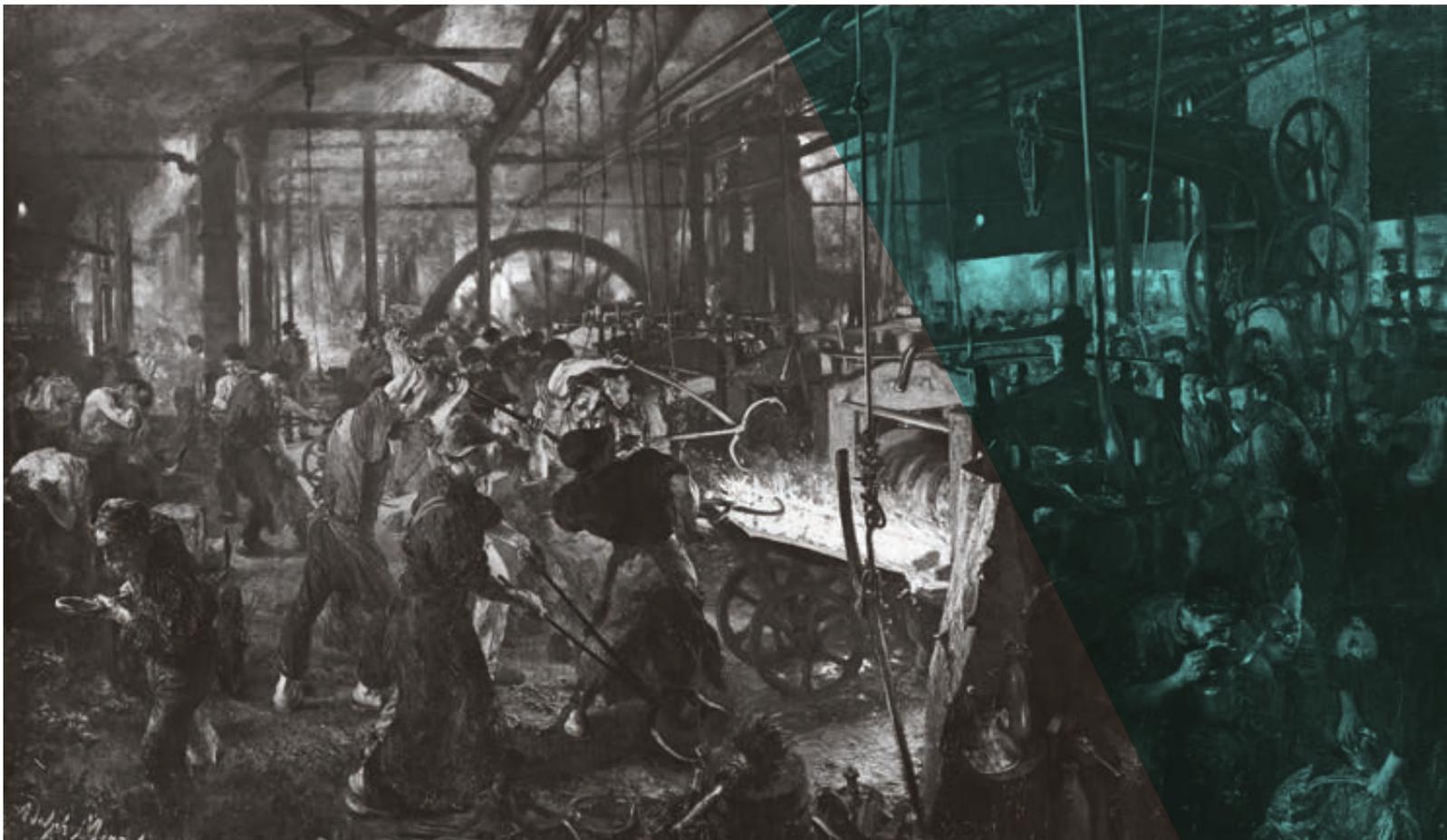
Es stellt sich jedoch noch die Frage, was genau umverteilt werden soll. An der einfachen Reproduktion¹ gibt es nicht viel zu rütteln, die Gesellschaft soll ja durch die Umverteilung nicht ärmer dastehen als zuvor. Übrig zum Verteilen bleibt nur das Mehrprodukt, das im Kapitalismus die Form des Profits

annimmt. Die soziale Frage ist also der Machtkampf um die Verteilung des Profits. Was „Profit“ ist, erklärt Paul Mattick (junior) in seinem Buch „Business as usual“:

„Der Profit ist ein Teil der gesamten produktiven Arbeit der Gesellschaft [...]. Da er lediglich die verbleibende Summe ist, nachdem der Tausch sämtlicher Güter gegen Geld wieder die benötigten Mittel für Produktionsgüter und Arbeitskraft hervorgebracht hat, wird er vom gesellschaftlichen System hervorgebracht, auch wenn einzelne Unternehmen ihn erhalten.“

Auch wenn es so erscheint, ist er also nicht der je individuelle Gewinn der einzelnen Unternehmen, sondern vielmehr die Summe der Gewinne und Verluste aller Unternehmen zusammen. Denn: „Einige Kapitalisten spezialisieren sich darauf, die Güter und Dienstleistungen anderer zu verkaufen; dafür beanspruchen sie einen Teil des Profits, den diese andernfalls behalten könnten.“ Oder anders ausgedrückt: „Sind Unternehmen [...] in der Lage, die Konkurrenz durch die Bildung von Monopolen oder Quasi-Monopolen einzuschränken, bedeuten die von ihnen erzielten Extraprofite niedrigere Profite für Unternehmen in anderen Branchen.“ Hier ein Beispiel: Ein Unternehmen, das Stahl herstellt, beschäftigt Anwält*innen und verkauft seine Produkte zu einem bestimmten Preis an die Großhändler*innen. Sind die Preise niedrig und/oder die Anwälte teuer, kann es sein, dass vom Umsatz kein Gewinn übrigbleibt, sondern das Unternehmen Verluste einfährt. Dennoch ist gesellschaftliches Mehrprodukt, also Profit, entstanden. Er landet bloß bei den Anwält*innen und Großhändler*innen und nicht beim Stahlunternehmen. Nur, weil auch „natürliche Ressourcen wie Land und Öl“ und sogar das Geld und seine Repräsentanten (Schuldscheine, Aktien, Anleihen, CDOs) selbst gegen Geld getauscht werden und somit wie andere Waren erscheinen, erscheint auch jede Investition, die einen Teil des Profits auf sich zieht, ebenso als „Industrie“ wie die tatsächliche Produktion von Gütern (bspw. Immobilienwirtschaft, „Finanzindustrie“).





Hier wird in der Fabrik geschuftet: Eisenwalzwerk 1875

Arbeitsteilung: national und global

Auch heutzutage gibt es natürlich noch nationale Bourgeoisien, die ihr je nationales Proletariat ausbeuten. Aber die innergesellschaftliche Teilung der Arbeit hat sich zum großen Teil in eine internationale Teilung der Arbeit verwandelt. Zugespißt: Gab es früher noch Fabriken und die dazugehörigen Büros der Chef*innen und Angestellten, ist Deutschland mit der Konzentration des Kapitals jetzt ein einziges großes Chefbüro geworden. Selbst die Fabriken, die noch in Deutschland stehen, werden teilweise nur noch fürs „Made in Germany“-Label benötigt. Bei einer solchen Form der globalen Arbeitsteilung, in der ganze Teile der Produktion und damit der Wertschöpfungskette zwischen Staaten aufgeteilt sind, stellt sich die Frage, an wen die Arbeiter*innen in Deutschland ihren Anspruch auf die Verteilung des Profits richten können. Zwar haben jene, die hier die Bedingungen für die Mehrwertproduktion schaffen, einen Anspruch auf Beteiligung an eben jenem Mehrwert. Wenn sich der Anspruch jedoch nach denen richten soll, die bereits im Vorfeld Mehrwert geschaffen haben, heißt das für die deutschen Arbeiter*innen eben auch, dass sie sich auf die Produzent*innen in anderen Ländern verweisen lassen müssten. Ihr Anspruch kann sich also nur nach deren Anspruch richten.

Was bedeutet also eine global gerechte Umverteilung?

Man darf dabei natürlich nicht auf das Klischee hereinfallen, dass es dem*der Hartz-IV-Bezieher*in in Deutschland immer noch besser geht als jedem*jeder Arbeiter*in in China oder anderswo. Auch dort gibt es natürlich große Mittelklassen aus Facharbeiter*innen und Angestellten. Aber es erscheint schon zweifelhaft, ob eine anteilige Aufteilung des globalen Reichtums auf seine Produzent*innen selbst für deutsche Mindestlohnempfänger*innen positiv ausfallen würde. Betrachtet man dazu die riesige Masse an für das Kapital Überflüssigen auf dem gesamten Globus, denen Arbeit daher gar nicht möglich ist und folglich in gleicher Weise berechtigt sind, würde eine faire Verteilung für das deutsche Proletariat mit Sicherheit zum Minusgeschäft. Früher konnte das deutsche Proletariat völlig zu Recht mehr (alles) vom gesellschaftlichen Reichtum einfordern. Und zwar gegenüber allen, nicht bloß im Verhältnis zu ihren Chef*innen: Sie hatten den Reichtum ja geschaffen. Heute ist davon nicht mehr viel geblieben. Angesichts einer im Gesamtkontext nicht allzu großen Mehrwertproduktion (die etwas anderes ist als Wertschöpfung) und global gesehen ungerechtfertigtem Reichtum kann sich das deutsche Proletariat nur noch gegen die richten, die mehr haben, aber auch nicht besser

sind als es selbst. Gegenüber allen anderen kann es nicht rechtfertigen, warum ihm sein Reichtum zusteht. Die Gerechtigkeit hat es nicht mehr hinter sich.

Der Anspruch der globalen Produzent*innen

Sehen sich Proletariat und Bourgeoisie in Deutschland umgekehrt gemeinsam den (wirklichen oder bloß imaginierten) Ansprüchen der eigentlichen Mehrwertproduzent*innen ausgesetzt (und sei es in der Form von „Wirtschaftsflüchtlingen“), bleibt als Antwort wahrscheinlich wirklich nicht mehr viel anderes übrig als die Beantwortung mit Abschottung, bloßer Gewalt, Rechts- oder Linkspopulismus. Gerade dass Martin Schulz zum Thema „soziale Frage“ nichts anderes als die Formel „harte Arbeit + Autoritätshörigkeit“ einfällt, zeigt die Hilflosigkeit der Linken. Steht der geschaffene Reichtum einem selbst genauso wenig zu wie „denen da oben“, bleibt nur übrig, dass es denen nicht zusteht. Zum Glück zeigt das aber nicht, dass der Sozialismus unmöglich ist. Es zeigt nur, dass er genauso international wie das Kapital sein muss und mit nationaler Politik nicht zu erreichen ist.

Jan Schneider,
LV Thüringen

Die Mädchen- und frauenpolitische Kommission stellt sich vor!



Karla

Mein Name ist Karla, ich bin 28 Jahre alt und arbeite als Bildungsreferentin in der Falken Bildungsstätte Salvador Allende Haus in Oer-Erkenschwick. Hier bin ich u.a. für den Arbeitsschwerpunkt Feminismus und Mädchenarbeit zuständig. Ich wohne in der Dortmunder Nordstadt und bin Mitglied beim UB Recklinghausen. Ich bin schon sehr lange ehrenamtlich für die Falken tätig und war in der Vergangenheit schon Mitglied der MFpK und des Bundesvorstands. Für mich ist Feminismus ein wichtiges Thema im Verband, da ich jeden Tag sexistischer Scheiße ausgesetzt bin und wir nur alle gemeinsam diese Scheiße und das Patriarchat überwinden können.

Micki



Ich heiße Micki und komme aus Schleswig-Holstein, wo ich auch Landesvorsitzende bin. Ich bin relativ neu in der MFpK und freue mich auch außerhalb meiner Gliederung bundesweit Mädchen- und Frauenarbeit machen zu können. Meine Schwerpunktthemen sind „Prävention und Awareness“, „(rechter) Antifeminismus“, „Queerfeminismus“ und „Netzfeminismus“ bzw. in Teilen auch „popkultureller Feminismus“.

Maria



Hallo, ich bin Maria und komme aus dem Landesverband Thüringen. In den letzten Jahren hat sich Mädchen- und Frauenpolitik unvorhergesehen zu einem Schwerpunkt meiner politischen Arbeit entwickelt. Derzeit, finde ich, sollten wir Kraft in den Kampf um das Recht auf körperliche Selbstbestimmung stecken, da gerade viel darüber in den deutschen Medien und Parlamenten debattiert wird. Die Parole der Zweiten Frauenbewegung „Mein Bauch gehört mir!“ ist immer noch hochaktuell. Freundschaft!

Hanna

Ich bin Hanna, 23 Jahre alt, komme aus dem LV Berlin und bin derzeit Referentin der Mädchen- und Frauenpolitischen Kommission. Ich studiere Europäische Ethnologie/ Gender Studies und arbeite nebenbei als Lieferantin in einem Bioladen. Derzeit beschäftige ich mich sehr viel mit dem Erstarben der „Neuen Rechten“, intersektionalem Queerfeminismus, sowie Kritik an Heteronormativität.



Jana

Mein Name ist Jana, ich bin 26 und Bundesvorsitzende der Falken. Ich bin Mitglied im UB Dortmund, wohne aber momentan in Berlin. Feministische Themen haben mich in meiner Zeit im Verband immer besonders interessiert. Mich macht die strukturelle Benachteiligung von Mädchen und Frauen sehr wütend und ich möchte mit anderen Frauen etwas dagegen tun. Ich bin im Bundesbüro zuständig für Mädchen- und Frauenpolitik und unterstütze in diesem Rahmen die MFpK bei ihrer Arbeit. Bei allen Fragen bin ich gerne eure Ansprechpartnerin!



Martina

Ich heiße Martina, bin 26 und komme aus dem KV Leipzig. Mit den Falken Sachsen fahre ich seit ca. 5 Jahren als SJ-Gruppenhelferin mit ins Sommercamp. Ich beschäftige mich viel mit linker Theorie, zurzeit z. B. in einem Lesekreis zum Thema Rätekommunismus. In der MFpK bin ich seit diesem Herbst. Ich bin gespannt auf die nächsten zwei Jahre und freue mich auf viele spannende Veranstaltungen und Diskussionen mit euch!



Weg mit §218! – Bericht von der Plenardebatte

Am 22. Februar waren wir – die Mädchen- und Frauenpolitische Kommission (MFPK) – als Besucherinnen im Bundestag. Dort sollte über den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen diskutiert werden. In diesem Antrag geht es darum, dass der Paragraph 219a aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden soll. Bevor wir zur Tribüne im Plenarsaal des Bundestags geführt wurden, haben wir an einem Protest des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung¹ teilgenommen. Rund 150 Frauen* trafen sich mit Bannern und Plakaten vor dem Reichstag, um gegen den §219a zu protestieren – darunter wir. Neben einer Rede des Bündnisses, gab es auch Abgeordnete der Linken, der Grünen und der SPD, die auf dem Protest sprachen und sich solidarisch mit dem Bündnis erklärten. Nach dem Protest hieß es für uns an Sicherheitsschranken vorbei und von Mitarbeiter*in zu Mitarbeiter*in geschleust bis wir zur Tribüne geführt wurden. Nachdem wir belehrt wurden, was wir alles dürfen während wir dort sind (atmen, sitzen, zuhören) und was nicht (alles andere), warteten wir, dass der Tagesordnungspunkt zum §219a aufgerufen wird. Nach zwei Stunden und zwei anderen Tagesordnungspunkten war es dann soweit.

Die Fraktionen der Grünen, der SPD und der Linken haben sich alle für eine Streichung des Paragraphen ausgesprochen, mit der Begründung, dass Frauen das Recht haben sollten, sich über Schwangerschaftsabbrüche informieren zu dürfen. Die Streichung des §219a würde nichts daran ändern, dass Schwan-

gerschaftsabbrüche noch immer nach §218 StGB kriminalisiert werden, nur dass es die Möglichkeit gibt, dass Frauen an Informationen kommen, um sich gewissenhaft für oder gegen eine Abtreibung entscheiden zu können.

Aber auf jeden Zuspruch folgte in der Debatte auch unweigerlich ein Widerspruch. Nämlich von der CDU/CSU und der AfD. Beide Fraktionen argumentierten Seite an Seite mit dem vermeintlichen ungeborenen Leben und spielen sich als „Anwalt der ungeborenen Kinder“ auf. In jeder der vier Reden gegen die Streichung des Paragraphen bezogen sich die Rednerinnen allerdings mehr auf den §218 – der gar nicht Gegenstand der Debatte war. Was uns beim Zuschauen sehr erfreute war, dass die Fraktionen für die Streichung mit vielen Zwischenrufen den Gegner*innen Paroli geboten haben.

Das Zünglein an der Waage wird vermutlich die FDP sein. Ein Abgeordneter der Liberalen stimmte zwar zu, dass Frauen die Möglichkeit haben sollten, sich über Schwangerschaftsabbrüche informieren zu dürfen, differenzierte hier aber zwischen Informationen und Werbung und erklärte, dass Werbung ihrer Meinung nach noch immer unter Strafe gestellt werden sollte. Bei der Abstimmung über die Gesetzesänderung wäre zu hoffen, dass sich die FDP für eine Streichung einsetzt, denn selbst mit ihnen wird es eine sehr knappe Entscheidung.

Uns hat das Ganze etwas ohnmächtig zurückgelassen. Letztendlich sind die Menschen, die im Bundestag sitzen, diejenigen, die über die Änderung der



Gesetze entscheiden. Wir haben keine direkte Einflussnahme auf die Entscheidung. Was wir allerdings tun können, ist protestieren, sich mit betroffenen Ärzt*innen und Frauen solidarisiere und was uns stört zum Gespräch machen. Bis unsere Utopie gesellschaftliche Realität wird und Frauen nicht mehr kriminalisiert werden, wenn sie Entscheidungen über ihre eigenen Körper treffen wollen.

Also weg mit §219a! Weg mit §218!

Micki Borchers,
Mädchen- und
frauenpolitische
Kommission

¹ www.sexuelle-selbstbestimmung.de

Die Clara

“Clara” ist die feministische und frauenpolitische Seite der aj. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenemanzipationstheorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der “Gleichheit”, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat. 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.



F138-1513-022 AdoD / Friedrich-Ebert-Stiftung

Bericht der Florenzdelegation vom 04.11.-05.11.2017

¹ Austerität kommt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie Disziplin / Sparsamkeit. Mit Austeritätspolitik wird eine Politik des ausgeglichenen Staatshaushaltes zum Vermeiden oder zum Abbau von Staatsschulden bezeichnet. Dies geht in den allermeisten Fällen mit massiven Kürzungen von Sozialleistungen einher.

Vom 04.-05.11. fanden in Florenz zwei Veranstaltungen statt, zu der die linke Jugendorganisation I Pettrossi sowie die Stiftung Fondazione Circolo Rosselli eingeladen hatten. An dem Samstag die Diskussionsveranstaltung Lo Scandalo dei Giovani in Italia e in Europa (Die Situation der Jugend in Italien und in Europa), Sonntag die Gründungskonferenz von I Pettrossi. Außer einer Delegation der Falken waren dort Podemos (Spanien), Syriza-Jugend (Griechenland), die Sozialistische Jugend Österreichs (Österreich) und Momentum (Labour Party/UK) vertreten.

Das Programm

Am Samstagvormittag gab es eine hochkarätig besetzte Diskussionsveranstaltung mit vielen Professor*innen und Gewerkschaftsvorsitzenden, von der aus Ermangelung einer Übersetzung leider nicht berichtet werden kann. An dem Nachmittag hielten die jeweiligen

Delegationen kurze Inputreferate über Jugendarbeitslosigkeit in ihren Ländern. Kurz auf den Punkt gebracht: Im Süden Europas ist die Lage scheiße.

Die Delegationen stellten am Sonntagvormittag ihre Organisationen und ihre Organisationspraxen vor. Danach begann die Gründungskonferenz I Pettrossis, auf der die aus verschiedenen linken Parteien und sozialen Bewegungen (von der sozialdemokratischen Partito Democratico und der der Partei DIE LINKE ähnliche Sinistra Italiana aus dem Parteienspektrum bis hin zur Kurdistan-Solidaritätsbewegung war ein große Bandbreite vertreten) kommenden Jugendlichen über ein gemeinsames Statut und die politische Ausrichtung ihrer Organisation debattierten. Zur nächsten Wahl soll es ein sozial-ökologisches linkes Wahlbündnis geben. Nachmittags ging es dann auf Italienisch weiter. Es stand die Satzung zur Diskussion und die Art der Redebeiträge und Diskussionen ähnelten der Art wie auch unsere Konferenzen aussehen.

Zum Schluss wurde noch der neue Vorstand gewählt und ein Teil der Konferenz stimmte die Internationale an.

Bewertung

Die Genoss*innen von I Pettrossi sind noch am Beginn ihres Gründungsprozesses. Ihr Ziel ist es, linke Parteien und soziale Bewegungen zusammen zu führen. Des Weiteren wollen sie politische Jugendbildung betreiben. In den informellen Gesprächen wurden wir besonders häufig auf die deutsche Austeritätspolitik¹ gegen den europäischen Süden angesprochen. Im Sinne internationaler Solidarität wäre dies ein Themenfeld, bei dem unser Verband stärker auf die Politik einwirken könnte.

Wir freuen uns schon aus den weiteren Kontakt mit unseren neuen italienischen Freund*innen.

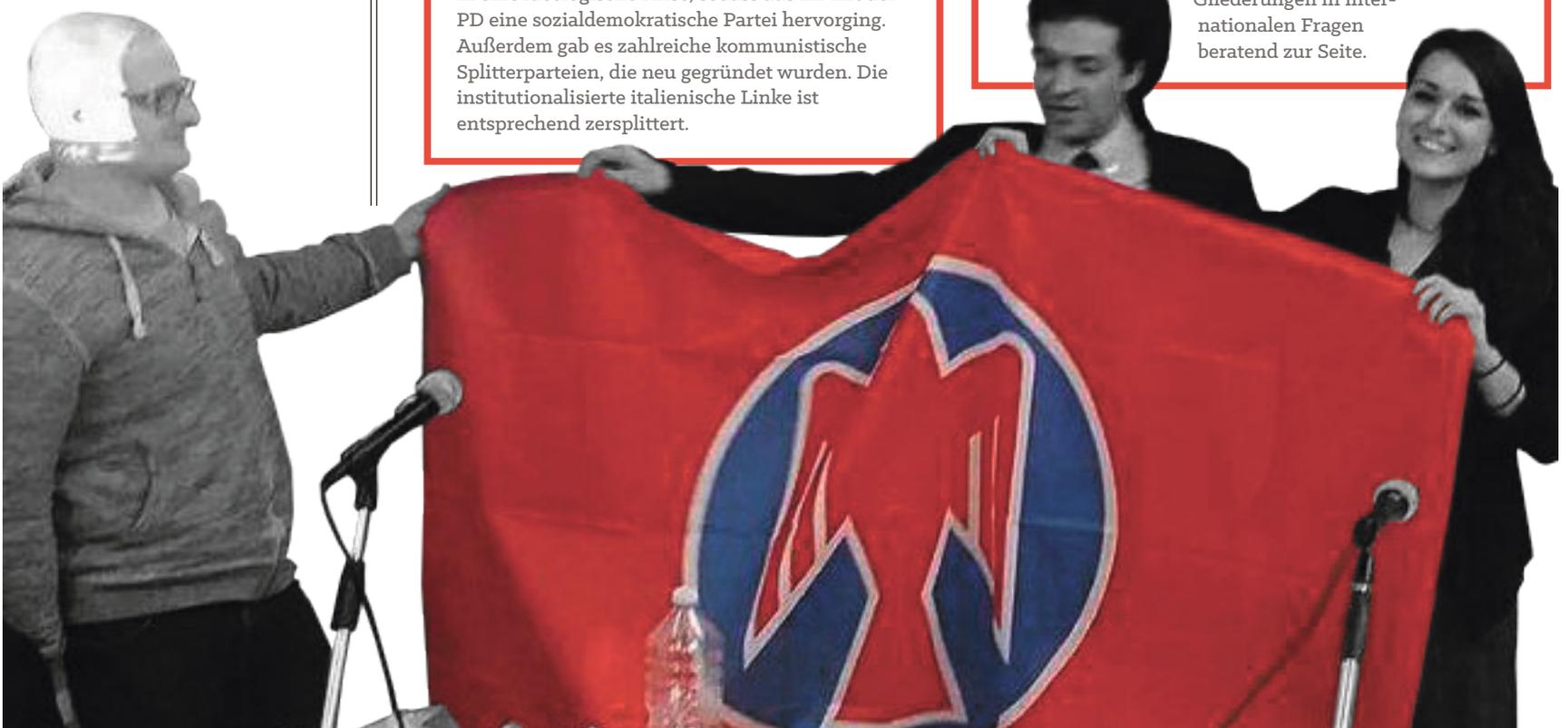
Martin Adrians,
Internationale Kommission

Linke in Italien aktuell

Mitte der 1990er Jahre wurden im italienischen Politikbetrieb eine Reihe von Fällen der Korruption, des Amtsmissbrauchs und der illegalen Parteienfinanzierung aufgedeckt. In der Folge zerbrach die alte Parteienlandschaft. Zeitgleich stürzte der Zusammenbruch der Sowjetunion die italienische Kommunistische Partei in eine ideologische Krise, sodass aus ihr mit der PD eine sozialdemokratische Partei hervorging. Außerdem gab es zahlreiche kommunistische Splitterparteien, die neu gegründet wurden. Die institutionalisierte italienische Linke ist entsprechend zersplittert.

Die internationale Kommission

Die internationale Kommission der Falken (kurz IK) koordiniert Begegnungen und Seminare mit Schwesterorganisationen aus anderen Ländern, vertritt die Falken auf Kongressen, leistet Solidaritätsarbeit und erarbeitet Positionen zu aktuellen internationalen Themen (z.B. Rechte Strukturen in Europa, Afrin, Nahost). Außerdem stehen wir Gliederungen in internationalen Fragen beratend zur Seite.



Die Genoss*innen von I Pettrossi

End Tax Evasion Now - Eine globale Kampagne für Steuergerechtigkeit

Ende letzten Jahres veröffentlichten weltweit Medien Rechercheergebnisse, basierend auf einem Leak von geheimen Dokumenten, diesmal von der Firma Appleby von den Bermudas. Durch sie lässt sich nachvollziehen, wie die Firma einen perfekten Offshore-Service für Konzerne und Superreiche anbietet. Es sind prominente Namen dabei, wie die von Queen Elisabeth, Bono (U2), Gerhard Schröder und Firmen wie Nike. Einige dieser Leute, wie der kanadische Ministerpräsident, sind sogar bekannt für ihre soziale Politik. Das Papier zeigt wieder einmal auf, wie einfach es ist, keine Steuern zu zahlen, wenn du reich bist.

Auch wenn die Entrüstung kurz groß war und einige Politiker*innen ihre Posten verloren haben, blieb der große Aufschrei mal wieder aus. Wirkliche Veränderungen gab es natürlich auch nicht.

Steuervermeidung hat reale Folgen

Dabei gäbe es genug Gründe, wütend auf dieses ungerechte Steuersystem zu sein. Weltweit liegen 7 Billionen Euro in Steueroasen versteckt. Dadurch entgehen Staaten Milliarden an Steuern. Da sie oft Angst haben, dass Reiche ihr Vermögen wegschaffen, wenn die Steuern zu hoch sind, sind die Steuersätze für Vermögen meist eh schon niedrig. Die Folge ist ein Unterbietungswettkampf zwischen Staaten um die niedrigsten Steuern. Ähnliches gilt für große Konzerne. Länder wie die Niederlande oder Irland bieten niedrige Unternehmenssteuersätze an. Dadurch und durch andere Tricks hat es z.B. IKEA geschafft, nur 0,002% Steuern zu zahlen, vollkommen legal. Die Folgen betreffen uns alle. Regierungen haben weniger Steuereinnahmen, dies bedeutet weniger Ausgaben oder höhere Steuern von Menschen mit geringeren Einkommen. Meist bedeutet dies einen Abbau des Sozialstaates: weniger Geld für Arbeitslose, Familien, Bildung usw. Vor allem aber trägt diese Steuervermeidung zu einer stärkeren Verteilung von Vermögen von Unten nach Oben bei. Sprich, die Reichen werden immer reicher und Armen immer ärmer.



Das organisierte Verbrechen

Doch es gibt auch andere, globale Folgen. Mit den gleichen Tricks verstecken und waschen das organisierte Verbrechen, Kartelle, Regime und Terrororganisationen ihr Geld. Mit verheerenden sozialen Folgen für Länder wie Kolumbien, Mexiko, Niger oder die Philippinen, um nur einige aufzuzählen.

End Tax Evasion Now!

Darum haben IUSY und YES gemeinsam eine internationale Kampagne gestartet. Unter dem Titel „End Tax Evasion Now“ wollen verschiedene Mitgliedsorganisationen ein Jahr lang für mehr Steuergerechtigkeit werben und diese auch in Programmen von ihren Mutterparteien verankern. In Europa ist das Ziel, Maßnahmen gegen Steuervermeidung in das EU Parlament einzubringen. Der Forderungskatalog enthält unter anderem: Erstellung eines globalen Registers, in welchem alle Vermögen und deren Besitzer*innen verzeichnet sind. Die Schließung von Steueroasen durch politischen Druck (auch mit Druckmitteln wie Strafzöllen). Die Versteuerung von Profiten in den Ländern, wo sie erwirtschaftet wurden. (Alle Forderungen im Detail auf der Website).

Was kannst du machen?

Da die Kampagne noch bis Dezember 2018 geht, kannst du aktiv werden. Es gibt nicht nur Infomaterial und Bilder, die man in den Sozialen Medien teilen kann, sondern auch noch am ersten jedes Monats einen Actionday. Für diesen gibt es verschiedene Aktionen, die ihr vor Ort ausführen könnt, um in eurer eigenen Stadt auf Konzerne oder Personen hinzuweisen, die keine Steuern zahlen.

Bei aller Kritik an Steuervermeidung kann ihre Bekämpfung nur ein Schritt sein, um konkrete kleinere Verbesserungen herbei zu führen. Es kann aber eine Möglichkeit sein konkret zu zeigen, dass dieses System nicht alle gleich behandelt und dass es nicht, wie oft behauptet wird, allen dient. Trotzdem darf dies nicht eine radikale Kritik an einer grundlegend ungerechten Wirtschaftsordnung ersetzen. Es ist ein Problem was uns alle angeht. Darum informiert euch und werdet aktiv!

Mehr Infos unter:
<http://endtaxevasion.org/de>

Oliver Pohl,
Internationale Kommission



Wenn der KV Gütersloh eine Reise macht... geht am Ende doch alles gut!

Ein Erfahrungsbericht vom „Rosa & Karl“ 2018

Als Delegationsleitung einen Ausflug mit Teilnehmer*innen und Genossinnen und Genossen aus dem Vorstand zu planen ist doch immer wieder etwas Aufregendes. Auch wenn man schon zum sechsten Mal zu „Rosa & Karl“ nach Werftpfuhl / Werneuchen fährt und den Weg von Gütersloh aus Richtung Berlin schon im Schlaf fahren kann... irgendwas lauert doch immer hinter irgendeiner Ecke, was den geplanten Ablauf plötzlich umwirft! Am Freitagmorgen stand ich

die noch nie auf einem Seminar der Falken gewesen waren, gleich beim ersten Seminar auf einer Matratze in der Turnhalle schlafen müssen. Wir waren dann auch wirklich sehr pünktlich am Ziel und so langsam kam auch die Gruppe etwas in Schwung und fragte mir Löcher in den Bauch über das bevorstehende Wochenende.

Die erste positive Überraschung war nach dem Anmelde-Prozedere unsere Unterkunft für die nächsten zwei Nächte! Wir bekamen für 10 Personen zwei (!) Zimmer und unser eigenes Bad! Jackpot! So kann man es sich gut gehen lassen! Nachdem wir es uns in unseren Zimmern gemütlich gemacht hatten, wurde das Haus erkundet und wir trugen uns in die Liste für den Thekendienst ein. Relativ schnell füllte sich dann auch das Haus und endlich startete das, was ich am „Rosa & Karl“-Seminar persönlich so sehr schätze! Man trifft Menschen, die man teilweise seit einem Jahr oder seit dem letzten Zeltlager nicht mehr gesehen hat. Nach vielen Wiedersehen und tollen Gesprächen gingen wir dann schon relativ früh zu Bett.

Der nächste Morgen startete dann mit Frühstück, einer Vollversammlung und anschließend den Workshops. In der „Mittagspause“ hielten wir dann innerhalb unserer Delegation ein kleines Plenum und ich fragte die allgemeine Stimmung und erste Eindrücke ab. Leider muss ich hier nun eine kleine Kritik anbringen, die uns im Verband jedoch zu denken geben sollte. Einige der Workshops waren als „geeignet für Einsteiger“ eingestuft. Da wir mit Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren unterwegs gewesen sind, die zum Teil noch keine Erfahrungen mit Falken-Seminaren gemacht haben, trugen sich diese

sich natürlich für die „einfachen“ Workshops ein. Leider bekam ich während des Plenums die Rückmeldung, dass die Vorgehensweise in einigen Workshops als „zu kompliziert“ und „schwer verständlich“ wahrgenommen wurde. Auf die Nachfrage nach Grundwissen oder einer allgemeinen Einführung wurde dies jedoch von anderen Teilnehmer*innen des Workshops als eher störend und nicht produktiv eingestuft und abgelehnt. Ich möchte hier nicht die „Arbeiter*innen-Jugend“-Kelle schwingen, aber auch im Sinne einer „inklusive“ Gemeinschaft müssen Grundlagen-Workshops angeboten werden und diese barrierefrei und für jede*n gut verständlich durchgeführt werden. Gerade das „Rosa & Karl“-Seminar ist meiner Meinung nach das Seminar mit sehr viel Charme, guten politischen Themen und ich nenne es mal „Falken-Spirit“! Es war und ist ein Seminar, auf das man Teilnehmer*innen mitnehmen kann, um sie an die Verbandsarbeit heranzuführen. Positiv anzumerken ist aber auch hier, dass besagte Teilnehmer*innen nach der Mittagspause ohne nennenswerte Probleme in andere Workshops wechseln konnten. Der zweite Abend brach dann auch sehr schnell an und es war einer voller „Falken-Spirit“! Ich weiß nicht genau, wann unsere Teilnehmer*innen zu Bett gegangen sind, aber sie sahen am Sonntagmorgen aus, wie man nach einem Seminar aussehen sollte! Total verknittert, verkatert und wunschlos glücklich! Aus einer Gruppe verschiedenster Menschen ist übers Wochenende eine verschworene Gemeinschaft geworden...so soll es sein!

KV Gütersloh

Justin, 16: „Ich fand das Wochenende mega cool! Ich habe viele nette Leute kennen gelernt und hatte echt viel Spaß. Es war super, dass alle so locker und lustig drauf waren. Ich werde auf jeden Fall das nächste Mal wieder mitkommen, weil es so ein schönes Wochenende war!“

nach einer viel zu kurzen Nacht auf und es ging los! Meine Sorge war: „Verstehen sich alle untereinander?“ Wir waren wirklich ein bunt zusammen gemischter Haufen, der aus langjährigen ehrenamtlichen Genossinnen und Genossen und aus Jugendlichen, die unseren Jugendtreff zwar besuchen, aber mit Seminaren der Falken leider noch nichts zu tun hatten, bestand. Nachdem wir dann den Bulli gepackt hatten, Lukas gleichzeitig den Leihwagen abholte, fuhren wir zu den verabredeten Treffpunkten und sammelten alle Teilnehmer*innen ein. Auf der Hinfahrt war es doch sehr ruhig im Bulli und einige holten sich noch ein paar Stunden Schlaf vor dem Wochenende.

Mein erklärtes Ziel war es, pünktlich im KLH anzukommen und ein Zimmer für unsere Delegation zu bekommen. Das war nämlich sonst nicht wirklich gewährleistet und ich wollte nicht, dass Menschen,

Verbandswerkstatt, 09.-13. Mai im KLH

Sozialistische Erziehung? Ja, aber wie?

Ob in unseren Gruppenstunden, in unseren Zeltlagern oder auch auf unseren Seminaren - der Begriff Sozialistische Erziehung begleitet uns im Verband auf Schritt und Tritt. Um dem Begriff mal wieder auf den Grund zu gehen, werden wir uns mit 300 Falken im Kurt-Löwenstein-Haus treffen und dort gemeinsam über

Theorie und Praxis unserer Arbeit diskutieren: Wer hat sich das eigentlich ausgedacht? Wie machen wir damit weiter? Wie können wir Herrschaftsstrukturen durch unsere Pädagogik aufdecken und kritisieren, vielleicht sogar abschaffen? Aber wir werden uns nicht nur in vielen verschiedenen Workshops

die Köpfe heiß diskutieren, sondern zusammen auch feiern, rumhängen und quatschen. Es wird Rotes Kino geben, Lesungen von In our own words, Outside the Box, Partys und Konzerte von Kaella, Rana Esculenta, Torkel T und Lady Lazy. Also ein ganzes langes Wochenende voller Falken-Spirit!

